

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

22. AUGUST 2018

Nr. 132

12. JAHRGANG



Mit einem großen Stadtfest hat Frauenstein Anfang Juni sein 800-jähriges Jubiläum gefeiert. Ausgangspunkt der Besiedlung war eine um das Jahr 1200 angelegte Burg, die sich auf einer markanten Kuppe über das Umland erhebt. Die Burg selbst wurde erst 1272 erstmals urkundlich erwähnt, der Name Frauenstein - bezogen auf den ersten Siedlungsort von Bergleuten und Handwerkern - aber bereits 1218. Die Burg wurde bei einem Stadtbrand im Jahr 1728 zur Ruine. Diese ist die größte Burgruinenanlage Sachsens. 1585 bis 1588 wurde unmittelbar neben der Burg ein Schloss errichtet. Burg und Schloss befanden sich im Besitz der Markgrafen von Meißen und später der Kurfürsten von Sachsen. Heute beherbergt Schloss Frauenstein das Museum „Gottfried Silbermann“. Der bedeutende Orgelbauer wurde 1683 im heute zu Frauenstein gehörigen Kleinbobritzsch geboren. Im Rahmen ihrer Sommertour - wir berichten in dieser Ausgabe ausführlich - war Dr. Jana Pinka, Landtagsabgeordnete der LINKEN, auf den „Pfaden der Kunst“ in der „Jubiläumsstadt“ Frauenstein unterwegs.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. debattiert:

DER KREISVERBAND DER LINKEN BEREITET DIE WAHLEN 2019 VOR

2. informiert:

DIE LANDTAGSABGEORDNETE DR. JANA PINKA AUF SOMMERTOUR IN DER REGION

3. berichtet:

DIE STADT TRIER WÜRDIGT DEN 200. GEBURTSTAG VON KARL MARX

2	editorial & kurzbericht senioren
3	kolumne & reisebericht libanon
4/5	titelthema 1: regionalkonferenzen und aktion zur kreisgebietsreform
6	titelthema 2: Dr. Jana pinka auf sommertour
7	bericht über flüchtlingsfamilie
8	titelthema 3: karl marx und trier
9	debatte
10	unsere serie zur politischen bildung - beitrag -36 - : asylrechtliche grundlagen
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage
12	termine & trauer & querbeet

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die verdiente Sommerpause ist vorbei. In einem über email verbreiteten Mitgliederbrief haben die beiden Vorsitzenden der LINKEN, der Bundesgeschäftsführer und der Bundesschatzmeister den Blick auf die Herausforderungen der nächsten Monate gerichtet. Im Kreisverband Mittelsachsen der LINKEN war der Sommer mit wichtigen Terminen gefüllt. Ende Juli fanden drei Regionalkonferenzen des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN in Mittweida, Döbeln und Freiberg zur langfristigen Vorbereitung der Kommunalwahlen im kommenden Jahr statt. Wir berichten in unserem Titelthema -1- ausführlich darüber. Am 1. August gab es die Aktion zu „10 Jahre Kreisgebietsreform - keine Erfolgsgeschichte“, welche ein beachtliches Presseecho gefunden hat. Auch darüber berichten wir. Am 25. August steht mit der 3. Tagung des 14. Landesparteitages der sächsischen LINKEN ein weiterer wichtiger Termin an. Er hat mit dem Beschluss zum Landesentwicklungskonzept ALEKSA und dem Wahl- und Aufstellungsverfahren der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2019 zwei wichtige Schwerpunkte. Im Herbst werden dann ein Kreisparteitag und eine kreisliche Regionalkonferenz zum vorgesehenen Mitgliederentscheid zu(r) SpitzenkandidatIn und zu den Schwerpunkten der Landtagswahl 2019 stattfinden.

Unsere Kreistagsfraktion bereitet sich auf die 19. Sitzung des mittelsächsischen Kreistags am 26. September vor. Da die Ausschüsse in Vorbereitung auf diese Beratung erst ab 27. August tagen, wird es in dieser Ausgabe keine „Fraktionsseiten“ -6- und -7- geben. Stattdessen berichten wir über einen Fall hemmungslosen Bürokratismus des Landratsamtes gegenüber einer Flüchtlingsfamilie in Leisnig. Die Landtags- und die Kreistagsfraktion der LINKEN haben sich dieses Falles angenommen. Außerdem berichten wir auf unseren beiden Mittelseiten über die diesjährige Sommertour unserer Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka. Was unsere weiteren Vorhaben auf dem Gebiet der politischen Bildung und Information betrifft, haben wir uns im Redaktionskollektiv folgendermaßen verständigt: In unserer heutigen Ausgabe drucken wir einen interessanten Artikel von Reinhard Kluge aus Rechenberg-Bienenmühle als seinen Beitrag zur Debatte über das Scheitern des realen Sozialismus ab und reagiert damit auf Beiträge von Achim Grunke und Peter Pöschmann.. Achim Grunke widmet sich im 36. Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung und Information den rechtlichen Grundlagen des asylrechtlichen Schutzes in Deutschland. Ein Thema von brennender Aktualität. Im Herbst werden wir uns dann vor allem dem 100. Jahrestag der Novemberrevolution und des Endes des 2. Weltkrieges widmen. Unser Redaktionskollektiv wünscht allen unseren Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre.

die landesseniorenkonferenz 2018 der linken in dresden

von RENATE SCHILK aus Langenau

Gemeinsam mit Ruth Fritzsche aus Freiberg und Hans-Jürgen Kühn aus Flöha nahm ich mit weiteren 63 Genossen aus Sachsen an der Landesseniorenkonferenz im Volkshaus Dresden teil.

Eröffnet wurde die Konferenz durch den Landesgeschäftsführer Thomas Dudzak. Er würdigte die Seniorenarbeit - immerhin sind mehr als zwei Drittel unserer Mitglieder über 60 Jahre alt - dabei vor allem das aktive Wirken des SeniorensprecherInnenrates. Er rief uns alle zu mehr Basisdemokratie und das aktive Einmischen in all unseren Wirkungsstätten vor Ort auf.

Danach sprach Genosse Horst Wehner, seniorenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im sächsischen Landtag zu uns. Er berichtete u.a. darüber, dass die Linksfraktion im Landtag mit mehreren Anträgen und Vorlagen zu einer emanzipierten Seniorenpolitik einbrachte, die aber leider mehrheitlich keine Zustimmung fanden. Dabei ging es um solche Themen, wie die Bekämpfung der Altersarmut, die Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West, die bessere medizinische Versorgung und Betreuung im Alter, die Behindertenunterstützung, bezahlbare und barrierefreie Infrastruktur und Wohnpolitik, die konkrete Forderung nach einer monatlichen Nettorente von mindestens 1.050 Euro und Ausgleichsrenten für geschiedene Frauen, für Hochschullehrer und Professoren der ehemaligen DDR: alles Fragen, mit denen sich die PDS seit 1990 beschäftigt.

In jedem Landkreis und in den kreisfreien Städten sollte eine Seniorenmitwirkung bzw. -bestimmung installiert werden, so wie es im sächsischen Koalitionsvertrag niedergeschrieben ist. Das ist nach wie vor unser zentrales Thema, aber leider noch nicht überall erfüllt. Dabei ist die Gewährleistung einer selbstbestimmten Lebensführung bis ins hohe Alter und die Nutzung der vielfältigen Erfahrungen und Mitbestimmungsinteressen von Seniorinnen und Senioren immer und überall bis in unsere ländlichen Gegenden unser zentrales Ziel.

Danach sprach die Landesvorsitzende Antje Feiks zu uns. Auch sie bedankte sich für das aktive Mitwirken der Senioren in unserer Partei. Sie forderte, dass wir uns in unserer Arbeit längerfristig aufstellen: nicht nur im Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr, sondern generell muss das Zusammenwirken zwischen jung und alt funktionieren. Wir müssen künftig - so Antje Feiks weiter - wieder mehr in der Fläche agieren und aktiven Parteaufbau betreiben. Das betrifft konkret auch die kommenden Wahlen.

Nach erfolgreicher Rechenschaftslegung durch den SprecherInnen-Rat und einer aktiven Diskussion wurden ein neuer SprecherInnen-Rat mit 18 Genossinnen und Genossen unter Leitung von Christine Pastor aus Chemnitz, acht Delegierte für den Landesparteitag 2019/2020 und Thomas Koutsky aus Zwickau als Vertreter der Senioren in den Landesrat gewählt. Zum Schluss möchte ich interessierte Genossinnen aus unserem Kreis ermutigen, sich für die Arbeit im LandesseniorenInnen-Rat zu melden, denn für dieses Gremium fehlen noch zwei aktive Frauen. (redaktionell leicht gekürzt)

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 19. September. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 12. September**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine

Lauterbach, Michael Matthes, Robert Sobolewski,

Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer,

Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A•Bi•Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG

Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Mesut Özil – er spielt hervorragend Fußball, das steht außer Zweifel. Dafür sollte man ihm Respekt zollen auf dem Platz, ganz gleich in welchem Trikot. Das war es auch schon. Was sich dagegen so öffentlich abspielt, ist beschämend – nicht für Mesut Özil. Ein nüchternes Nachdenken – Fehlanzeige. Nationalmannschaft und Nationalhymne, die der Mesut Özil nicht mitsingt – Was ist das eigentlich? Nationalmannschaft – Das ist etwas, was es nicht mehr gibt. Ist es nicht vielmehr die Fußball-Auswahl der Bundesrepublik Deutschland, in der die besten Spieler oder die, die der Bundestrainer dafür hält, zusammengerufen werden, wenn man gegen die Auswahl eines anderen Staates antritt? Meines Wissens muß ein Spieler, der in die Auswahl berufen wird, Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland sein – nicht Deutscher. Liebe deutschstämmige Mitbürger, Deutschland ist nicht „ethnisch rein“. Wir fühlen uns als Deutsche, als Angehörige eines Volkes. Und wir sind zu Recht stolz auf die Herkunft unseres Volkes; auf die Leistungen, die Angehörige unseres Volkes für die ganze Welt vollbracht haben. Wir verständigen uns auf deutsch. Und wir sollten uns verantwortlich fühlen, was im Namen der Deutschen angerichtet wurde – und wird. Ich denke da an einen gewissen Höcke, der die Primitivität eines Adolph Hitler hat.

Mesut Özil ist kein Deutscher. Auch kein Deutsch-Türke. (Was für ein Quatsch. Diesen Zwitter gibt es nicht.) Er ist in das türkische Volk hineingeboren, weil er türkische Eltern und, obwohl ich das nur vermute, türkische Geschwister sowie eine türkische Verwandtschaft hat. Er ist Moslem und hat die Fahrt nach Mekka unternommen. Das alles ist sein gutes Recht. Das habe ich als sein deutscher Mitbürger zu respektieren. Auch, daß er dem Repräsentanten des türkischen Volkes die Ehre erweist.

Nun ist das mit dem Volk und den Völkern so eine Sache. Ein Volk ist eine Gemeinschaft, zu der man sich zugehörig fühlt. Und es ist in Zeiten, in denen die Welt offensteht, unerheblich, wo man sich aufhält. Deutschland ist in den Herzen der Deutschen; die Türkei ist in den Herzen der Türken, Rußland ist in den Herzen der Russen. Daran etwas ändern zu wollen, bringt Leid über die Völker. Schaut auf das ehemalige Jugoslawien! Eine europäische oder auch eine eurasische Union wird nur dann ein Vaterland für die Menschen, wenn die Basken als Basken, die Katalanen als Katalanen, die Schotten als Schotten, die Kurden als Kurden – die Aufzählung ließe sich fortsetzen – als Bürger dieser Union friedlich koexistieren können. Koexistenz und nicht Integration. Und jeder bleibt das, was sie oder er ist.

Es denke ein jeder darüber nach. Mesut Özil werden wir nicht mehr in unserer Auswahl spielen sehen. Das ist sehr schade. Ich habe einen Traum, in dem die Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Verbundenheit Tür an Tür leben und manchmal auch feiern können. (mm)

sächsische hilfe für syrische flüchtlinge im libanon

von KERSTIN UFER

In ihrer Funktion als Mitglied des Europaausschusses reiste MdL Dr. Jana Pinka Mitte Juli mit dem Staatskanzleichef und Europaminister Oliver Schenk zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch in den Libanon. Auf dem Programm standen u. a. der Besuch zweier vom Freistaat Sachsen geförderten Bildungsprojekte „Schulbildung für die von der Syrienkrise betroffenen Kinder im Bekaa-Distrikt, das die Dresdner Hilfsorganisation arche noVa e.V. gemeinsam mit der lokalen Partnerorganisation Social Support Society (SSS) betreut. Mehr als eine Million Flüchtlinge hat der 4,5 Millionen Einwohner zählende Libanon bereits aufgenommen. Neueste Schätzungen belaufen sich allerdings auf 1.750.00 – gemessen an

der Bevölkerung so viele wie kein anderes Land auf der Welt. Damit ist der Staat überfordert, denn nach dem Bürgerkrieg (1975 – 1990) kann der Libanon immer noch keine gesunde Bildungs-, Sozial-, Ärzte- oder Wirtschaftsstruktur aufweisen. Zudem gibt es ein Akzeptanzproblem: Libanon wurde nach dem Bürgerkrieg bis 2005 durch Syrien besetzt. Es fällt schwer, Menschen aus dem Land des ehemaligen Aggressors eine Bleibe anzubieten, Integration ist unerwünscht und findet praktisch nicht statt. Die Flüchtlinge werden zwar geduldet, sind aber nicht willkommen. Deshalb werden im Libanon auch die internationalen Projekte leider eher kritisch gesehen. Von den 400.000 Flüchtlingskindern im Schulalter besuchen 220.000 eine Schule. In sogenannten Doppelschicht-Schulen werden vormittags libanesisch und nachmittags syrische Kinder unterrichtet. In Klassen mit bis zu 37 Flüchtlingskindern erlangen die Mädchen und Jungen wieder Zugang zu Bildung. Die Erinnerungen an Krieg, Terror und Zerstörung werden sie zwar nie vergessen können, aber sie bekommen hier die Chance, den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben zu legen. In Majdel Anjar leben 30.000 Libanesen und genauso viele syrische Flüchtlinge. Es gibt fünf private und nur zwei öffentliche Grundschulen. Bei -10 Grad im Winter und +40 Grad im Sommer leben die syrischen Flüchtlinge in der Bekaa-Ebene in einfachen Hütten. Offiziell sind dies keine Flüchtlingslager sondern Settlements – wilde Siedlungen auf unbefestigtem Boden. Die syrischen Kinder kennen nichts anderes, als ein Leben im Schmutz und Müll.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR agiert bereits seit Jahrzehnten weltweit in sozialen Hilfsprojekten. Im Beiruter Stützpunkt des UNHCR sowie in der Deutschen

Botschaft wurde der Delegation die offizielle libanesisch Flüchtlingspolitik erläutert. Libanon will die syrischen Flüchtlinge so schnell wie möglich in das Nachbarland zurückführen.

Im Moment versucht man Anreize zu schaffen, dass die syrischen Flüchtlinge, die seit nunmehr sieben Jahren unter schwierigsten Verhältnissen in Libanon leben, freiwillig in sichere Regionen ihrer Heimat zurückkehren. Sie sollen Hoffnungsträger für andere Familien werden. Realistisch gesehen, wird dies wohl mindestens noch zehn Jahre dauern, vorausgesetzt der Krieg hat ein Ende.



Die Familie flüchtete aus Aleppo und lebt nun in dieser Flüchtlingssiedlung nahe der syrischen Grenze. JANA PINKA besuchte das Settlement gemeinsam mit der Syrerin NIMAT BIZRI (2.v.r.), Projektmanagerin der arche Nova-Partnerorganisation Social Support Society (SSS).

Um einen sozialen innergesellschaftlichen Frieden im Libanon bis zu dieser Lösung zu erreichen, bedarf es Investitionen, damit eine weitere Gefährdung der sozialen Instabilität abgewendet werden kann. Deutschland setzt sich insbesondere in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wasser / Abwasser und Wirtschaft ein.

JANA PINKA: „Ich habe während dieses Aufenthalts im Libanon erneut für mich festgestellt, dass es Länder (z. B. auch Jordanien) gibt, die, infolge einer, mittlerweile zu einem Stellvertreterkrieg entarteten militärischen Auseinandersetzung, große Leistungen erbringen und dabei selber noch am Beginn einer stabilen Gesellschaft stehen. Ich habe erlebt, dass viele Menschen humanitäre Hilfe leisten wollen und auch, dass der Nachruf, Libanon sei ein unsicheres Land, nicht stimmt. Ich bin überzeugt, dass es hier Entwicklungen, beispielsweise im Tourismus geben kann. Man muss das Land einfach mal besuchen. Ich wünsche dieser Region zutiefst Frieden!“

ETWAS ZUM SCHMUNZELN

SOMMER IST DIE ZEIT, IN DER ES ZU HEISS IST, UM DAS ZU TUN, WOZU ES IM WINTER ZU KALT IST.

MARK TWAIN

IM GRUNDE HABEN DIE MENSCHEN NUR ZWEI WÜNSCHE: ALT ZU WERDEN UND DABEI JUNG ZU BLEIBEN.

PETER BAMM

Der Startschuss für die Europa- Kommunal- und Landtagswahlen im kommenden Jahr ist - sinnbildlich - erfolgt. Der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN hat drei Regionalkonferenzen in den Altkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida durchgeführt, bei denen es vor allem um den Gedankenaustausch in Vorbereitung der Kommunalwahlen ging. Wir werten die Regionalkonferenzen in Wort und Bild und mit einem Resümee der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta aus.

Große Resonanz in der Presse fand die Aktion anlässlich „10 Jahre Kreisgebietsreform - keine Erfolgsgeschichte“, auf die wir ebenfalls ausführlich eingehen. Jetzt ist der Blick auf den Landesparteitag der LINKEN am 25. August in Hoyerswerda gerichtet. Von ihm erwarten wir wichtige Weichenstellungen für die kommenden Wochen und Monate. Auf wichtige Termine auf dem Weg zu den Kommunal- und Landtagswahlen geht der Wahlkampfmanager des Kreisverbandes, Lars Kleba, ein.



Schnappschüsse von den Regionalkonferenzen in den Veranstaltungsorten „Schwanenschlösschen“ Mittweida, „Café Courage“ Döbeln und „Regenbogenhaus“ Freiberg. Fast 80 Genossinnen und Genossen debattierten über die Vorbereitung der Kommunalwahlen in den Ortsverbänden der LINKEN und über die Vorbereitung der Aktion „10 Jahre Kreisgebietsreform - keine Erfolgsgeschichte“. Kritische Bemerkungen gab es zum Streit in der Parteiführung, welcher die Arbeit an der Basis schwerer macht.

regionalkonferenzen mit blick auf die kommunalwahlen 2019



Die drei Regionalkonferenzen, an denen fast 80 Genossinnen und Genossen teilnahmen, fanden am 19. Juli in Mittweida, am 25. Juli in Döbeln und am 26. Juli in Freiberg statt. Damit wurde die Idee aufgegriffen, zu bestimmten Themen die Mitglieder der LINKEN in den drei Altkreisen zusammenzuführen. Die lebendige Debatte wurde auf der Grundlage von einleitenden Redebeiträgen der Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** und des Wahlkampfmanagers **LARS KLEBA** geführt, in welchen die Schwerpunkte der Wahlvorbereitung aufgezeigt wurden.

Auf unseren Bildern (von oben): In Mittweida vertrat der Landesschatzmeister **Bernd Spolwig** (er kommt ebenfalls aus Brand-Erbisdorf) Lars Kleba. Rechts im Bild **RONNY KÜHNERT** (Burgstädt), Mitglied des Kreisvorstandes. In Döbeln Marika Tändler-Walenta während ihrer Argumentation zu den neuen Herausforderungen. In Freiberg debattierte auch der Oberbürgermeister von Flöha, **VOLKER HOLUSCHA** mit.

kurzresümee der kreisvorsitzenden MARIKA TÄNDLER-WALENTA

Zur Vorbereitung unserer Kommunalwahl im kommenden Jahr haben wir unsere Regionalkonferenzen in den Altkreisstrukturen Döbeln, Mittweida und Freiberg durchgeführt. Dabei wollten wir uns zuallererst mit euch austauschen, inhaltliche Fragen und Weichenstellungen erörtern, praktische Erfahrungen aus vergangenen Wahlkämpfen sowie erste Ideen festhalten. Es hat sich gezeigt, dass es durchaus sinnvoll ist, an dieser Struktur der Regionalkonferenzen im Landkreis Mittelsachsen festzuhalten, war es uns doch möglich, die regional durchaus verschiedenen Themenschwerpunkte und auch Strategien in Vorbereitung der Kommunalwahl zu besprechen. Aber es hat sich auch gezeigt, dass wir in den vergangenen Jahren sowohl in den Gemeinde- und Stadträten als auch im Kreistag einen wesentlichen Beitrag für kommunales Gestalten geleistet haben.

Zugleich muss man konstatieren, dass wir in sehr beunruhigende

Zeiten leben. Das Erstarken der Rechten in Deutschland und Europa stellt auch uns vor neuen Herausforderungen. Bei den anstehenden Kommunalwahlen müssen wir Kandidaten und Schwerpunkte benennen, die die Menschen im Alltag begleiten, wie das darniederliegende Gesundheitssystem, der kostenfreie und flächendeckende Öffentliche Nahverkehr sowie gute Löhne und bessere soziale Absicherung. Fast alle in Mittelsachsen sind von mindestens einem dieser Themen direkt betroffen.

Wir werden als nächste Schritte den **kreislichen Wahlstab** berufen und einen **ersten Entwurf für das Kreiswahlprogramm** erarbeiten. Solltet ihr dazu weitere Hinweise und Ideen haben, würde ich euch bitten, diese an uns zu senden.

Mit solidarischen Grüßen

MARIKA TÄNDLER-WALENTA

Kreisvorsitzende DIE LINKE
Mittelsachsen

und einer aktion zur kreisgebietsreform in den wahlkampf 2019

aktion „10 jahre kreisgebietsreform - keine erfolgsgeschichte“



Drei Roll-Ups (Ständer mit Informations-Grafiken) (auf unseren obigen Fotos), Plakate und Flyer für die Aktion standen zur Verfügung. Außerdem wurden Anzeigen geschaltet und eine aktive Pressearbeit betrieben.

Die gemeinsame Aktion am 01. August 2018 zu „10 Jahre Kreisgebietsreform - keine Erfolgsgeschichte“ ist sehr gut angekommen. Sowohl bei den Bürgerinnen und Bürgern als auch bei den Pressevertretern. Es war möglich, Die Aktion sowohl im „Sachsenspiegel“ als auch bei den Spätnachrichten im MDR aktuell abzubilden. Auch die regionale Presse und das „neue deutschland“ berichteten.

MARIKA TÄNDLER-WALENTA bedankt sich bei allen Genossinnen und Genossen, die sich beteiligt und dafür eingesetzt haben (auch bei 40 Grad im Schatten). Wir werden an dieser Form der eigenen Aktionen im Kreis festhalten und auch weiterhin durchführen. Zugleich verweist sie darauf, Dass auch weiterhin die Möglichkeit besteht, die Ständer mit den Informationsgrafiken z.B. im Rahmen von Veranstaltungen aufzustellen.

Die **Informationstafeln** beinhalten folgende Themenschwerpunkte:

- Die Entwicklung des Landkreises Mittelsachsen seit 1990 mit den Gebietsreformen 1990, 1994 und 2008,
- Kosteneinsparungen sind entgegen den vollmundigen Ankündigungen von 2008 nicht nachzuweisen. Die Kommunen mussten mehr Schulden aufnehmen, die Kreisumlage ist stark gestiegen,
- Die Lebensbedingungen sind so unterschiedlich wie noch nie. Das Gefühl der Degradierung und Zurücksetzung ist gewachsen, der Verlust an regionaler Identität gestiegen.



LARS KLEBA (2.v.li) - hier mit **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**, **EYK FECHNER** und **ROBERT SOBOLEWSKI** (v.re.) bei der Aufteilung von Info-Material zur Aktion „10 Jahre Kreisgebietsreform - keine Erfolgsgeschichte“ - ist auch für die Wahlen im kommenden Jahr wieder Wahlkampfmanager in unserem Kreisverband. Im September wird sich der kreisliche Wahlstab gründen und die noch in diesem Jahr anstehenden Schwerpunkte beraten. Mehr dazu in unserer Januar-Ausgabe.

Am 15. August erschien in der Freiburger Ausgabe der „Freien Presse“ ein Artikel unter der Überschrift „**Kreis-CDU: Keine Koalition mit Linkspartei!**“. Unter anderem holen die Herren Reuter (Vorsitzender des Stadtverbandes Freiberg) und Woidniok (Fraktionschef im Kreistag) gegenüber unserer Partei wieder die Keule „der Nachfolger der Verantwortlichen für mehr als 40 Jahre kommunistische Herrschaft und Unterdrückung in der DDR“ hervor.

Dazu gibt die Kreisvorsitzende MARIKA TÄNDLER-WALENTA folgende Erklärung ab:

Kompromisse in Sachfragen wird es mit uns nicht geben, aber eben auch keine Gesprächsverweigerung zwischen demokratischen Parteien. Das empfinde ich als unprofessionell, arbeiten wir in verschiedenen Stadt- und Gemeinderäten auf Augenhöhe miteinander. Dabei ist der Konsens sicherlich in der Kommunalpolitik leichter zu finden, weil es im Wesentlichen um die Stadt oder die Gemeinde geht. Als Beispiel möchte ich die von uns eingebrachten Anträge zur Ablehnung des Freihandelsabkommen (TTIP) und die damit verbundenen Auswirkungen auf kommunaler Ebene benennen, der z.B. in Döbeln einstimmig angenommen wurde. Die Zeiten der Roten-Socken-Kampagne ist vorbei, das sollte nun auch endlich mal die CDU mitbekommen. Obgleich ich auch betonen möchte, dass ich mir mit einer CDU, die noch weiter nach rechts rückt, kaum Gemeinsamkeiten vorstellen kann.“

jana pinka - wie alljährlich - auf sommertour in ihrer heimatregion

Ein Ausnahmesommer mit Temperaturen weit über 30°C ließ meine Sommertour 2018 d zu einem wirklichen Sommer-Sonnen-Bekanntnis werden - „Manche mögen es eben heiß“ (Foto). Gemeinsam mit meiner Mitarbeiterin Kerstin Ufer absolvierte ich vom 30. Juli bis 10. August 25 Termine in 12 Städten und Gemeinden der Region. Unter dem Motto „Kultur. Schätze suchen. Orte bekannt machen. Regionen verbinden“ gewann ich viele neue Erkenntnisse, sowohl beim Wandern durch die Natur über- und untertage, aber vor allem während der vielen interessanten Gespräche mit engagierten und kreativen Menschen in den Städten und Gemeinden.

Hier mein Fazit nach Abschluss der diesjährigen Sommertour:

„Das wirkliche Gehen durch die Natur und das echte und oft kleinteilige Gespräch mit Menschen gibt mir in dieser Zeit eine Möglichkeit der Suche nach dem Sinn des Lebens, den Mut loszugehen und sich auf neue Erfahrungen einzulassen. Es zeigte sich, dass Wandern oder die Fortbewegung (zum Beispiel auch untertage) eine Kulturtechnik ist, die neue Kultur entdecken lässt – die gestalterische Kultur, die musische Kultur, die Bergmannskultur, die Gedenkkultur, die Gesprächskultur ...Und so konnte ich in diesen zwei Wochen: **Kulturschätze suchen und Kulturorte bekannt machen** - beispielsweise in der Sommergalerie Hofefeld in Frauenstein, wo mir das Künstlerlehepaar Susanne und Carsten Gille ihre „Sommergäste IX“ vorstellten, im Freiburger Stadt- und Bergbaumuseum bei der Ausstellungseröffnung „Ohne Silber keine Bilder“ zu Ehren des Freiburger Hobby-Fotografen Gunter Galinsky, in Kathleen Dreschers „Malort in der Scheune“, wo Kinder und Erwachsene durch das Malen ihre eigene Kreativität und sich selbst entdecken, im Besucherbergwerk „Trau auf Gott Erbstollen“ in Lichtenberg, wo mich der Geologe Dr. Klaus Fandrich mit auf eine Zeitreise durch die Bergbaukultur nahm und wo mit den Gedingezeichen und Gangtafeln wahre Schätze der Bergbaukunst zu bestaunen waren. Ein



Kulturschatz ist aber auch die Musik. Diese präsentierte das Duo Zitherklang – Birgit Weber und Tobias Duteloff – mit Perfektion auf ihren Instrumenten bei einer musikalischen Weltreise. Einen Ort der Kultur haben sich aber auch die engagierten Bürgerinnen und Bürger des Weißenborner Ortsteils Berthelsdorf mit ihrem Bürgerhaus geschaffen. **Kulturregionen verbinden** – In der Grünen Schule grenzenlos versucht Christoph Weidensdorfer unermüdlich den Naturgedanken, den Naturschutz sowie die naturnahe Bildung deutschen und tschechischen Kindern und Jugendlichen zu vermitteln. Darüber hinaus bestehen weitere internationale Kontakte. Während der Wanderung auf dem Kunsterlebnisweg in Frauenstein erläuterten mir die ehrenamtlich tätigen Wanderwegewarte Reiner Hengst und Gunter Fichte, ihre Bemühungen, die Nachbarregionen kreisüberschreitend miteinander zu verbinden. Das gelingt mit dem Geopark-Projekt bereits etwas besser. Hier beteiligen sich mehrere Gemeinden an einem touristischen Konzept. Und auch während

unsere Wanderung auf den Spuren der Revierwasserlaufanstalt in Müdisdorf und Großhartmannsdorf erklärte Jens Pfeifer die Vernetzung der historischen Bergwerksanlagen von der tschechischen Grenze bis zum Rothschönberger Stolln.

Gespräche, Probleme, Aufgaben

Auch an den aufgezeigten Problemen in den Gesprächen mit Vereinen und Verbänden sowie während meiner Wanderungen mit den interessierten Bürgerinnen und Bürgern habe ich neue Sichtweisen und vielfältige Aufgaben für meine Landtagsarbeit mitgenommen. Das sind insbesondere die notwendige Perspektive der Grünen Schule grenzenlos in Zethau, aber auch die Sorgen und Irritationen der ehrenamtlich tätigen Vereinsmitglieder in Berthelsdorf und Frauenstein beispielsweise um die Lebensmittelinformationsverordnung oder die Datenschutzgrundverordnung, die die Arbeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen im Moment sehr erschweren. Ich bedanke mich bei al-

len Menschen, mit denen ich während meiner Tour sprechen konnte, für diese wertvollen Diskussionen, Hinweise sowie offenen und ehrlichen Gespräche. **Danke an die Mitgestalterinnen und Mitgestalter:**

Ich möchte mich zunächst bei allen bedanken, die mir einen neuen Blick auf Unbekanntes ermöglichten: den BürgermeisterInnen Lichtenberg, Frauenstein und Halsbrücke, die sich meiner Tour anschlossen, den ehrenamtlichen Wanderwegewarten und Vereinsmitgliedern, den Bergbauwissenden sowie den vielen in der Kreativwirtschaft Tätigen. Einen ganzen Tag widmete sich meine Kollegin MdL Marion Junge den Problemen der Betreuungssituation von Kindern in Hilbersdorf und Freiberg. Vielen lieben Dank an die MitarbeiterInnen vom Kinderschutzbund Freiberg sowie an die Tagesmütter und -väter. Vielen Dank an meinen Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhard für's gemeinsame Wandern im GEOPARK.

Danke an die GenossInnen:

Was wäre ich ohne meine GenossInnen und KommunalvertreterInnen der Partei? Wohl nichts – es lohnt sich immer wieder, euch mit auf Tour zu nehmen: Ute Rehnert, Dr. Ruth Kretzer-Braun, Toni Christoph, Mirko Schäffner, Bernd Schade, Arndt Scharfenstein, Harald Richter.

Danke an die Presse:

Mein besonderer Dank geht zudem an die VertreterInnen der Presse, die sich für unsere Tour interessierten, die Höhepunkte angekündigten, begleiteten und in zahlreichen Berichten veröffentlichten.

Liebe Leserinnen und Leser: Gern können Sie mir Vorschläge für 2019 unterbreiten, denn ich freue mich bereits auf die nächste Sommertour. Glückauf! Ihre Dr. Jana Pinka!

Ein ausführliches „Sommertour-Tagebuch 2018“ in Wort und Bild findet man auf der Homepage von Jana Pinka unter www.jana-pinka.de.



landratsamt untersagt die haltung von zwei kätzchen durch eine flüchtlingsfamilie

VON SABINE LAUTERBACH

Die Bilder der Familie gingen in den letzten Wochen durch die Presse und riefen eine Welle des Protestes aus. Aber nun erst einmal zu den Fakten:

Es geht um die Familie Estabraq aus dem Irak. Diese ist vor drei Jahren vor dem Krieg in ihrer Heimat geflüchtet. Zuletzt war die Familie in Freiberg untergebracht. Da dort die Einrichtung geschlossen wurde erhielt die Familie eine Wohnung in Leisnig.

Die Mutter Hiba arbeitete in Freiberg in einem Kindergarten. Der Leiter der Einrichtung hatte gerade Katzennachwuchs und so nahm die Familie ihm zwei kleine Kätzchen ab. Über ein Jahr lebten die Katzen in Freiberg bei der Familie, ohne dass es Probleme gab. Als dann der Umzug nach Leisnig kam, untersagte eine Mitarbeiterin des Landratsamtes der Familie die Katzenhaltung. Auf die Frage warum, wurde geantwortet, „weil ihr Ausländer seid“.

Sofort nach bekanntwerden hat sich unsere Fraktion für die Familie Estabraq eingesetzt. Unser Fraktionsvize Peter Krause stellt umgehend eine schriftliche Anfrage an das Landratsamt. Er telefoniert mit leitenden Mitarbeitern sowie dem Geschäftsführer der GSQ (Vermieter der Wohnung). Hier ein Auszug der Antwort des Landratsamtes:

„Es ist in Gemeinschaftsunterkünften

und Wohnungen, die zum Zwecke der Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten die durch die GSQ Gesellschaft für Strukturentwicklung und Qualifizierung mbH angemietet

wurden, laut Hausordnung verboten, Haustiere zu halten. ... Es handelt sich bei der Unterbringung um eine zeitlich befristete Zuweisung von Wohnraum, der teils sehr kurzfristig wieder an

andere Menschen als Unterkunft angeboten wird.“

Auf die bereits am 28.06.2018 gestellte Forderung einer Einzelfallentscheidung wurde bis heute nicht reagiert. Aus unserer Sicht ist das keine Art der Zusammenarbeit wie sie sich zwischen Kreisräten und Landratsamt gehört. Selbstverständlich wird unsere Fraktion an der Problematik dranbleiben.

Zur Familie Estabraq: Der Vater ist Krankenpfleger, die Mutter hat in einer Bäckerei gearbeitet. Zudem gibt es noch eine 9-jährige Tochter und einen 8-jährigen Sohn. Beide sprechen schon ganz gut deutsch und besuchen eine Grundschule.

Seit drei Jahren läuft das Asylverfahren, bisher ohne Entscheidung. Da der Vater zuletzt in einer Druckerei für die Amerikaner gearbeitet hat, wäre eine Rückkehr in den Irak derzeit lebensgefährlich, denn dort herrscht immer noch Bürgerkrieg.

Bei den Berufen der Eltern, und den Aussichten im Irak ist die Dauer des Asylverfahrens unverständlich. Diese Familie könnte innerhalb von kürzester Zeit Arbeit finden und würde von Sozialleistungsempfängern zu Steuerzahlern wechseln.

Um wenigstens ein klein wenig zu helfen, waren Dieter Kunadt und ich im Tierheim und haben eine Spende der Fraktion übergeben. Damit sind für einige Wochen die Kosten im Tierheim gedeckt.



Die Kreisräte **SABINE LAUTERBACH** und **DIETER KUNADT** sowie die Leiterin des Tierheims Leisnig, **ROSI PFUMFEL**, bei der Spendenübergabe für die beiden Kätzchen

*In gleicher Angelegenheit haben sich auch der Kreisrat der LINKEN, **DAVID RAUSCH** und **ROBERT SOBOLEWSKI**, neben seiner Funktion als Vorsitzender des Ortsverbandes Rochlitz-Geringswalde und seinen Aktivitäten in der Linksjugend auch Vorstand im Tierheim Leisnig, zu Wort gemeldet. Da **SABINE LAUTERBACH** im obigen Artikel die Familie Estabraq und ihr Schicksal ausführlich berichtet hat, hier nur einige Ergänzungen.*

ROBERT SOBOLEWSKI schreibt u.a.:

Mittlerweile hat sich die Situation für die Katzen extrem verschlechtert, denn die kleinen verweigern jetzt ihr fressen, sie nehmen nur noch Nahrung zu sich wenn ihre Familie da ist.

Für uns ist das Handeln der GfQ und des Landrates ein klarer Fall von Verstoß gegen Paragraph 1 des Tierschutzgesetzes, in dem es heißt „Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen“.

Für uns ist dies hier ganz klar der Fall und es werden alle Schritte geprüft um den Tieren und ihrer Familien zu helfen.

Ein erster Schritt war jedoch eine Spende, denn das Tierheim Leisnig trägt aus Solidarität alle Kosten für die Kleinen und wird sie auch nicht an andere Menschen vermitteln, da sie dort ohnehin

eingehen würden.

DAVID RAUSCH ergänzt, dass offensichtlich ist, dass

die Landtags- und Kreistagsfraktionen der LINKEN nicht nur im Parlament aktiv sind.

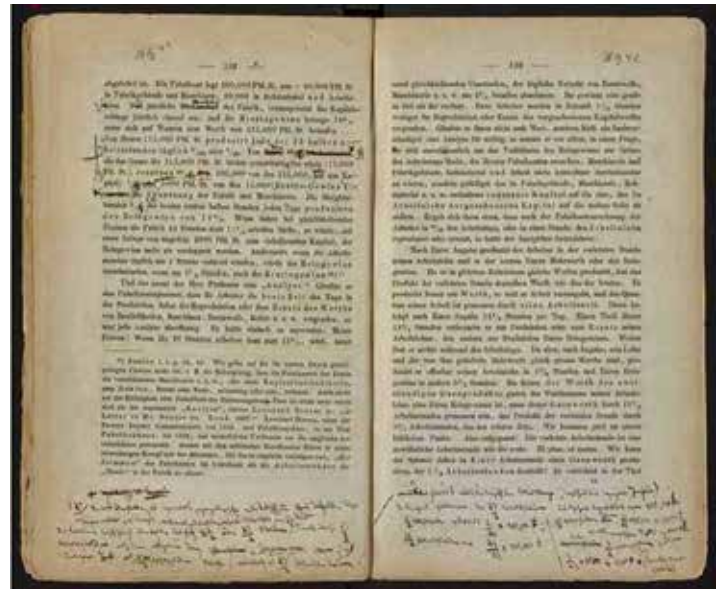


Spendenübergabe durch die MdL **SUSANNE SCHAPER** (2.v.li.) und **JANA PINKA** (2.v.re.) an die Leiterin des Tierheims Leisnig, **ROSI PFUMFEL**, im Beisein von **DIETER KUNADT**, **ROBERT SOBOLEWSKI** und **DAVID RAUSCH** (an der Kamera)

karl marx 1818 - 1883 leben.werk.zeit die geburtsstadt trier ehrt ihren sohn

Von HANS WEISKE

Anfang Juni fuhr ich für drei Tage nach Trier. Es war bereits mein vierter Besuch in der ältesten und bestimmt auch einer der schönsten Städte Deutschlands. Im Mittelpunkt stand dabei bisher für mich immer das einzigartige UNESCO-Welterbe mit den römischen Baudenkmalern, allen voran der Porta Nigra und der Konstantinbasilika, sowie dem im Kern romanischen Dom und der frühgotische Liebfrauenkirche. Zweimal besuchte ich allerdings auch das Geburtshaus von Karl Marx, aber mehr als „Zugabe“ zu meinen Städte-Reise. Diesmal aber war Trier vor allem deshalb mein Ziel, weil Karl Marx vor 200 Jahren hier geboren wurde. Ich war beeindruckt, wie sich die Stadt im „tiefsten Westen“ auf das Jubiläum vorbereitet hat, obwohl Karl Marx nur bis zu seinem 17. Lebensjahr hier aufwuchs, das Gymnasium besuchte und das Abitur ablegte. Später kehrte er, im Gegensatz zu seiner späteren Ehefrau Jenny von Westphalen, aus der „großen weiten Welt“ kaum nach Trier zurück. Noch bis zum 21. Oktober ist die große Landesausstellung zu sehen, die dem Leben und Werk von Karl Marx gewidmet ist. Vor wenigen Tagen, am 13. August, zogen die Veranstalter ihre „100-Tage-Bilanz“. Bislang sahen seit dem 5. Mai rund 80.000 Besucherinnen und Besucher die Ausstellungen an den vier Standorten in Trier. Bereits in unserer Juni- und Juli-Ausgabe habe ich - wenn auch sehr kurz - erste Eindrücke meiner Fahrt nach Trier geschildert, ohne aus Platzgründen dabei ins Detail gehen zu können. Heute und in den September- und Oktober-Ausgaben der LinksWorte werde ich noch dreimal - jetzt auch etwas ausführlicher - in Wort und Bild darüber berichten, wie Trier seinen großen Sohn zu dessen 200. Geburtsjahr würdigt.



schichte in Amsterdam. Gezeigt werden die erste Seite eines Manuskripts vom „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels sowie die von Marx mit handschriftlichen

als Weltdokumentenerbe anerkannt. Den Abend nutzte ich zu einem Bummel durch die Altstadt von Trier, von der Porta Nigra bis zur Römerbrücke. Ich möchte nicht sagen, dass die Marx- Ausstel-

mein reisebericht aus trier - teil 3

Mein bereits in der Juli-Ausgabe vorgestellter Besuchsplan sah für den ersten Tag den Ausstellungsbesuch des Rheinischen Landesmuseums vor. Es ist eines der bedeutendsten archäologischen Museen in Deutschland. Vor allem die römische Vergangenheit der ältesten Stadt Deutschlands - Augusta Treverorum, das heutige Trier - wir an-

schon Landesmuseum der Höhepunkt der Großen Landesausstellung. Hier werden nicht nur die Werke des Philosophen, Politökonomen, Journalisten und Revolutionärs Karl Marx vorgestellt, sondern auch die Zeit ihres Entstehens - ein Zeitalter enormer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche in Europa. Das wiederholt sich - ebenso beeindruckend - in der Ausstellung im Stadtmuseum Simeonstift Trier, wo die Stationen des Lebens von Karl Marx (Trier, Bonn, Köln,



Anmerkungen versehene Erstausgabe des „Kapitals“ aus dem Jahr 1867 (siehe dazu das obige Bild). Im Jahr 2013 hat die UNESCO das „Kommunistische Manifest“ und den ersten Band des „Kapitals“



lung die Stadt beherrschte, aber allgegenwärtig war Karl Marx doch - auf den Straßen und in den Auslagen vieler Geschäfte, nicht nur in Buchhandlungen.



hand von archäologischen Funden auf über 3.500 Quadratmetern Ausstellungsfläche dargestellt. In diesem Gebäude wird - übrigens noch bis zum 21. Oktober 2018 - auf rund 1.000 Quadratmetern innerhalb der Großen Landesausstellung der intellektuelle wie politische Werdegang von Karl Marx nachgezeichnet. Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass nur in der Partnerausstellung im Museum Karl-Marx-Haus das Fotografieren erlaubt war. Stattdessen wird auf den Katalog zur Landesausstellung verwiesen, der im Buchhandel zu erwerben ist. Zweifellos ist die Ausstellung im Rheini-

Paris, Brüssel, das Exil in London, Manchester) nachgezeichnet werden. Doch dazu mehr in unserer Oktober-Ausgabe. Anhand von 300 exquisiten Kunstwerken und herausragenden Zeitdokumenten renommierter Leihgeber aus Europa zeichnet die Ausstellung die rasante Entwicklung des 19. Jahrhunderts nach. Zahlreiche hochwertige Gemälde und Zeitdokumente veranschaulichen die kulturelle und gesellschaftliche Situation, in der das Werk von Karl Marx erst entstehen konnte. Herausragend dabei: Zwei Dokumente des UNESCO-Welterbes aus dem Fundus des Internationalen Instituts für Sozialge-



Oben das Geburtshaus von Karl Marx in der Trierer heutigen Brückenstraße 10. Hier lebte der jüdische Advokat Heinrich Marx und seine ebenfalls jüdische Ehefrau Henriett seit dem 1. April 1818 zur Miete. Fünf Wochen später wurde Karl als drittes von neun Kindern geboren. Seit 1947 berbergt es das Museum Karl-Marx-Haus Trier (dazu mehr in unserer September-Ausgabe). Im Oktober 1819 bezog Familie Marx ein gekauftes, kleineres Wohnhaus in der heutigen Simeonstraße 8 in unmittelbarer Nähe zur Porta Nigra (Bild rechts). Heute erinnert dort nur noch eine Gedenktafel an Karl Marx. 1830 bis 1835 besuchte Karl Marx das Gymnasium in Trier und ging danach zum Studium der Rechtswissenschaften nach Bonn.



zum scheitern des realen sozialismus

VON REINHARD KLUGE

Es ist zu begrüßen, dass die Diskussion über den realen Sozialismus des 20. Jahrhunderts auch die „LinksWorte“ erreicht. Das Thema beschäftigt ja vor allem die älteren unserer Mitglieder, die die Entwicklung des Sozialismus mit Herzblut und persönlichem Einsatz mitgestaltet haben, immer wieder. Waren wir doch von der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus und dessen Unüberwindlichkeit fest überzeugt. Für die historische Niederlage des realen Sozialismus hat Achim Grunke im Aprilheft dessen ökonomische Schwäche in der Systemauseinandersetzung als Ursache namhaft gemacht. Er befindet sich damit in der gedanklichen Tradition Lenins, der wiederholt die Rolle der Arbeitsproduktivität in der Systemauseinandersetzung betont hat. Nach seiner Überzeugung wird die Frage „Wer – Wen“ letztendlich durch die höhere Produktivität entschieden. Im Juniheft hat Peter Pöschmann eine Reihe wichtiger historischer Tatsachen genannt, die die ökonomische Entwicklung in der Sowjetunion und im sozialistischen Lager beeinträchtigt haben: die imperialistische Intervention gegen die junge Sowjetmacht, den zweiten Weltkrieg, den kalten Krieg mit Wirtschaftsabotage, Embargopolitik, ideologischer Diversion und einem aufgezwungenen Rüstungswettlauf. Er möchte verdeutlichen, dass die ökonomischen Probleme des Sozialismus nicht systemimmanent waren, sondern im wesentlichen ein Ergebnis des zielgerichteten Handelns des Klassengegners. Damit bleibt aber die wichtige Frage offen:

Warum hat der Sozialismus, die nach marxistischer Überzeugung höhere Gesellschaftsformation, seine Überlegenheit im Kampf der Systeme nicht beweisen können?

Der Beantwortung dieser Frage hat Alfred Kosing, einer der maßgeblichen marxistischen DDR-Philosophen, eine bemerkenswerte Studie gewidmet, die im vergangenen Jahr zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution erschienen ist. Der Titel: Aufstieg und Untergang des realen Sozialismus. Berlin 1917, 630 S. (ISBN 978-3-94-7094-04-2). Kosing bietet eine eingehende Darstellung der Entwicklung der Sowjetgesellschaft von Lenin über Stalin und

Chruschtschow bis Gorbatschow. Er untersucht die Reformen am Modell des Sozialismus mit den Schwerpunkten Jugoslawien, Tschechoslowakei und DDR und ihre Schicksale, ehe er sich im 8. Kapitel den Ursachen des Untergangs widmet. Er warnt vor Vereinfachungen, nach denen etwa Stalin oder Gorbatschow für die historische Niederlage verantwortlich gemacht werden oder „alles dem Klassenfeind in die Schuhe“ geschoben wird. Nach seiner Überzeugung handelt es sich bei den Ursachen „um einen komplizierten Komplex von objektiven und subjektiven, von inneren und äußeren, von notwendigen und zufälligen Faktoren . . . , welche in ihrer Wechselwirkung zu diesem Resultat geführt haben“ (S. 480). Kosing geht



davon aus, dass mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus bei aller Ungleichmäßigkeit der Entwicklung generell die objektiven Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus gegeben waren. Selbst im wirtschaftlich zurückgebliebenen Rußland waren diese Bedingungen im „Prozess ihres Werdens“ begriffen, und es gab für eine sozialistische Entwicklung „Erfolgsgarantien“ (S. 486). Diese setzten unter den schwierigen Bedingungen in besonderem Maße die aktive Rolle der Arbeiterklasse und ihrer politischen Führung sowie die schöpferische Anwendung des Marxismus voraus.

Entsprechend der materialistischen Geschichtsauffassung hängen diese Erfolgsgarantien von der Entwicklung der sozialistischen Basis ab. Theoretisch ist davon auszugehen, dass die „Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und die Befreiung der Arbeit mächtige Triebkräfte“ dafür freisetzt (S. 489).

Das ist im realen Sozialismus des 20. Jahrhunderts nicht im erwarteten Umfang geschehen. Als Gründe dafür benennt Kosing vor allem die Strukturen der sozialistischen Produktionsverhältnisse (die Formen des allgemeinen Volkseigentums, die Überzentralisierung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft) sowie die Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Dabei setzt er sich mit dem Prinzip der führenden Rolle der Partei und dem falsch verstandenen Primat der Politik bei Vernachlässigung der marxistischen Theorie als Instrument der kritischen Analyse von Fehlentwicklungen der sozialistischen Gesellschaft auseinander. Schließlich untersucht Kosing das Demokratiedefizit des Sozialismus Stalinscher Prägung, das die Bevölkerung und die gewählten Vertretungskörperschaften von der Ausübung eines effektiven Einflusses auf Ziele, Pläne und Vorhaben weitgehend ausschloss. „Dieser eklatante Mangel an Mitberatung, Mitplanung und Mitbestimmung führte unvermeidlich zu einer Haltung der Passivität. . . . Dadurch wurde ein enormes Potential an Bereitschaft zur Mitarbeit und zur Übernahme von Verantwortung verschenkt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Bevölkerung und der Führung der Partei und des Staates wurde gelockert. . . . In der Existenzkrise des Sozialismus verweigerte die Bevölkerung mehrheitlich der Führung weitere Unterstützung und die Gefolgschaft“ (S. 520-521). Die unzureichende Entwicklung der sozialistischen Demokratie hat die unmittelbare Identifizierung der Werktätigen mit dem Sozialismus untergraben. Intensive Propaganda hat dieses Defizit nicht ausgleichen können. Die kommunistischen Parteien hatten es versäumt, anknüpfend an Marx’s Schrift über die Pariser Kommune und über ihren hochentwickelten Demokratismus, das Verhältnis von Führung durch die Partei einerseits und Demokratie als Hauptentwicklungsrichtung des sozialistischen Staates andererseits zu klären und entsprechende Formen und Methoden der sozialistischen Demokratie auszuarbeiten. Theorie und Praxis der Räte-demokratie von 1917-1918 wurde aufgegeben. Die Geschichte lehrt: „Sozialismus ist entweder demokratisch organisiert oder er ist keiner, der dauerhaft funktioniert“ (S.523.). Wer sich mit diesem Thema intensiver beschäftigen möchte, findet in Kosings Buch Aufklärung und Anregung.

zur sammlungs-bewegung

Da es viele Presseanfragen zur Sammlungs-bewegung „#Aufstehen“ gab und gibt, hat der geschäftsführende Parteivorstand am 13. August dazu einen Text zur inhaltlichen Verständigung besprochen, aus welchem wir Auszüge veröffentlichen.

#Aufstehen ist eine Initiative von Einzelpersonen, kein Projekt der Partei DIE LINKE. Die Sammlungs-bewegung richtet sich nicht an Organisationen und versucht keine Plattform oder Bündnis von Organisationen aufzubauen. Sie wirbt um einzelne Anhängerinnen und Anhänger, besonders Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit dem aktuellen Kurs ihrer Partei unzufrieden sind und um Menschen, die sich der AfD zugewandt haben. In den bisher öffentlich gewordenen inhaltlichen Forderungen bewegt sich die Sammlungs-bewegung zwischen der SPD und der LINKEN. Für die Programmatik und inhaltliche Ausrichtung der Partei DIE LINKE hat die Sammlungs-bewegung keine Konsequenzen. Wir begleiten #Aufstehen mit Interesse, rufen aber unsere Mitglieder nicht dazu auf, sich ihr anzuschließen. Eine Sammlungs-bewegung, die die gesellschaftlichen Verhältnisse nach links rücken will, macht nur Sinn, wenn sie vor allem die Menschen anspricht, die noch nicht links sind oder noch nicht links organisiert sind. Und wenn der linke Pol in der Gesellschaft stark ist und nicht in die Mitte oder nach rechts gezogen wird. Unser Schwerpunkt ist, DIE LINKE zu stärken, als Motor und Orientierungspunkt für linke und sozial gerechte Politik. Wir kämpfen für eine fortschrittliche gesellschaftliche Mehrheit als Voraussetzung für einen grundlegenden Politikwechsel. Dazu suchen wir Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen, Organisationen und Parteien und verbinden uns mit allen, die sich für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Wende einsetzen. Die gesamte Partei unterstützt die bayerischen und hessischen Genossinnen und Genossen in ihren Landtagswahlkämpfen. Wir werden zeigen: Die Unzufriedenheit mit der Regierung kann nach links gewendet werden. Beide Wahlen bilden einen wichtigen Ausgangspunkt für zehn Kommunalwahlen, drei Landtagswahlen und die Europawahlen im nächsten Jahr. Wir überlassen Europa nicht den Rechten. Wir wollen unsere kommunale Verankerung weiter ausbauen, den linken Ministerpräsidenten in Thüringen und die rot-rote Regierung in Brandenburg verteidigen, in Sachsen und Bremen zulegen. Das sind Bausteine für einen linken Aufbruch. Sie tragen dazu bei, die politischen Verhältnisse nach links zu rücken. Dafür benötigen wir unsere Kraft, dafür benötigen wir das Engagement der gesamten Partei und der Fraktion im Bundestag. Für einen linken Aufbruch und eine starke Partei DIE LINKE.

rechtliche grundlagen des asylrechtlichen schutzes in deutschland

VON ACHIM GRUNKE

Aus dem rechtspopulistischen Lager und aus den Reihen der CSU war seit 2016 wiederholt bis in die jüngste Zeit zu vernehmen, dass mit der Asylpolitik und -praxis sich eine „Herrschaft des Unrechts“ in Deutschland eingeschlichen habe. Nun hat in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung kürzlich der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, diese „inakzeptable Rhetorik“ mit deutlicher Kritik zurückgewiesen, weil damit Assoziationen zum NS-Unrechtsstaat geweckt würden, was völlig abwegig sei. Um die Debatte zu versachlichen, stellt sich hier die Frage, was denn die rechtlichen Grundlagen des asylrechtlichen Schutzes sind, die in Deutschland gelten. Danach werden folgende Formen der Schutzgewährung unterschieden: (1) das Asylgrundrecht, (2) die Flüchtlingeigenschaft, (3) der Subsidiäre Schutz, (4) der nationale Abschiebeschutz und (5) die Duldung.

das asylgrundrecht

Das Asylgrundrecht ist das in Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) verankerte verfassungsrechtlich garantierte Recht auf Asyl. Es ist das einzige Grundrecht, welches nur Ausländern zusteht. Personen, die als asylberechtigt anerkannt werden, erhalten nach § 26 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis, die nach drei Jahren in eine Niederlassungserlaubnis umgewandelt werden kann, wenn keine Anhaltspunkte für einen Widerruf vorliegen.

Da mit dem sog. „Asylkompromiss“ von 1993 das Asylrecht mit der Bestimmung in Artikel 16a Abs. 2 GG eingeschränkt wurde, wonach sich auf das Asylrecht nicht berufen kann, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 sichergestellt ist, hat die asylrechtliche Schutzgewährung nach Artikel 16a GG weitgehend an Bedeutung verloren. Dadurch haben die auf europäischem Recht beruhenden Schutzformen (Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz) eine weit größere Bedeutung erlangt.

Jedoch verleiht der Flüchtlingsstatus die nahezu gleichen Rechte wie das Asylgrundrecht. Wegen der Verwechselbarkeit der Rechtsstellung eines Asylberechtigten nach Artikel 16a GG und eines Flüchtlings verbieten es die unionsrechtlichen Vorgaben in der Europäischen Richtlinie RL 2011/95/EU die Anerkennungs- und Verlustgründe zwischen beiden Formen der Schutzgewährung unterschiedlich auszulegen.

der flüchtlingsstatus

Der Begriff „Flüchtling“ wurde erstmals völkerrechtlich in der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) definiert. Dieses Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 ist das Fundament des internationalen Flüchtlingsrechts. Darin wurden Mindeststandards für die Behandlung von Personen festgelegt, welche die Voraussetzungen der Flüchtlingeigenschaft erfüllen.

Nach Artikel 1 Abs. 2 GFK findet der Ausdruck „Flüchtling“ auf jede Person Anwendung, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in

Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“

In der Europäischen Richtlinie RL 2011/95/EU wird ausdrücklich auf die GFK Bezug genommen, dabei werden in Artikel 9 die Verfolgungshandlungen und in Artikel 10 die Verfolgungsgründe für die Anerkennung als Flüchtling weiter ausgeführt. Im deutschen Asylgesetz (AsylG) wurde das in §§ 3, 3a und 3b in nationales Recht umgesetzt. Hier wird auch näher bestimmt, was unter Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder unter politischer Überzeugung zu verstehen ist.

Bei der Bewertung der Frage, ob die Furcht eines Ausländers vor Verfolgung begründet ist, ist es unerheblich, ob er tatsächlich die Merkmale der Rasse oder die religiösen, nationalen, sozialen oder politischen Merkmale aufweist, die zur Verfolgung führen, sofern ihm diese Merkmale von seinem Verfolger zugeschrieben werden.

Die Flüchtlingeigenschaft wird nach § 3e AsylG nicht zuerkannt, wenn in einem Teil des Herkunftslandes keine begründete Furcht vor Verfolgung oder Zugang zu Schutz vor Verfolgung besteht und er „sicher und legal in diesen Landesteil reisen kann, dort aufgenommen wird und vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich dort niederlässt.“

Als sichere Dritt- bzw. Herkunftsstaaten gelten nach Anlage I u. II AsylG: die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Norwegen, Schweiz, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien (ehem. jugoslawische Republik), Montenegro, Senegal, Serbien.

subsidiärer schutz

Kann einer Person die Flüchtlingeigenschaft aufgrund fehlender Voraussetzungen nicht zuerkannt werden, drohen aber dennoch Gefahren für Freiheit, Leib oder Leben, dann wird nach Kapitel V und VI RL 2011/95/EU bzw. § 4 AsylG subsidiärer („beihilfsmäßiger“) Schutz zugesprochen.

Nach § 4 AsylG wird der subsidiäre Schutzstatus erteilt, wenn ein Ausländer stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, dass ihm in seinem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht. Als ernsthafter Schaden gilt:

- die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe,
- Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder
- eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.

Während nach § 26 AufenthG Asylberechtigten und Ausländern mit Flüchtlingsstatus die Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre erteilt wird und nach frühestens drei Jahren die Niederlassungserlaubnis erteilt werden kann, erhalten subsidiär Schutzberechtigte eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr erteilt, bei Verlängerung für zwei weitere Jahre. Nach frühestens fünf Jahren (die Zeit des Asylverfahrens wird eingerechnet) kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, sofern weitere Voraussetzungen erfüllt sind, wie etwa die Sicherung des Lebensunterhalts und ausreichende deutsche Sprachkenntnisse.

nationales abschiebeverbot

Wenn für die drei Schutzformen Asylberechtigung,

Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz keine Begründung geliefert wird, kann bei Vorliegen bestimmter Gründe ein Abschiebungsverbot erteilt werden.

Nach nationalem Abschiebeverbot gemäß § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG darf ein Ausländer nicht abgeschoben werden, wenn mit der Rückführung in den Zielstaat die Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention vom November 1950 verbunden wäre.

Von einer Abschiebung in einen anderen Staat soll abgesehen werden, wenn dort für diesen Ausländer eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. Eine erhebliche konkrete Gefahr aus gesundheitlichen Gründen liegt nur vor bei lebensbedrohlichen oder schwerwiegenden Erkrankungen, die sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern würden. Es ist nicht erforderlich, dass die medizinische Versorgung im Zielstaat mit der Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland gleichwertig ist. Eine ausreichende medizinische Versorgung liegt in der Regel auch vor, wenn diese nur in einem Teil des Zielstaats gewährleistet ist.

Wurde ein nationales Abschiebungsverbot festgestellt, darf keine Rückführung in den Staat erfolgen, für den dieses Abschiebungsverbot gilt. Wenn die Bedingungen hierfür erfüllt sind, wird die Aufenthaltserlaubnis für mindestens ein Jahr erteilt und kann wiederholt verlängert werden. Für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis gilt das Gleiche wie bei subsidiär Schutzberechtigten (§§ 25 u. 26 AufenthG).

die duldung

Die Duldung ist nach § 60a AufenthG eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“ von ausreisepflichtigen Ausländern. Sie stellt keinen Aufenthaltstitel dar und begründet daher auch keinen rechtmäßigen Aufenthalt. Geduldete sind daher weiterhin ausreisepflichtig, mit der Duldung entfällt jedoch eine Strafbarkeit wegen illegalen Aufenthalts nach § 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG.

Eine Abschiebung eines Ausländers ist auszusetzen, solange die Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist, z.B., wenn eine vorübergehende Anwesenheit im Bundesgebiet für ein Strafverfahren wegen eines Verbrechens von der Staatsanwaltschaft oder dem Strafgericht für sachgerecht erachtet wird, weil ohne seine Angaben die Erforschung des Sachverhalts erschwert wäre.

Eine Duldung kann erteilt werden, wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen seine vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern, sie ist zu erteilen, wenn der Ausländer eine qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf in Deutschland aufnimmt oder aufgenommen hat, aber konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung nicht bevorstehen.

zahlen 2017

Von den 603.428 Entscheidungen in Asylverfahren im Jahr 2017 wurde für 20,5% die Rechtsstellung als Flüchtling anerkannt, darunter nur 0,7% nach Asylgrundrecht. Für 16,3% wurde subsidiärer Schutz gewährt und für 6,6% das Abschiebeverbot erteilt. 38,5% der Anträge wurden abgelehnt und 18,1% betraf formelle Entscheidungen (das sind hauptsächlich Entscheidungen nach dem Dublin-Verfahren, weil ein anderer Mitgliedstaat zuständig ist; Verfahrenseinstellungen wegen Antragsrücknahme seitens der Antragstellenden; Entscheidungen im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird). Quelle: www.bamf.de/Statistik.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 15. August im Bürgerbüro Döbeln zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Es wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

- Auswertung der drei Regionalkonferenzen zur Vorbereitung der Kommunalwahlen und der Aktion „Zehn Jahre Kreisgebietsreform – keine Erfolgsgeschichte (siehe dazu Seite -4- und -5-.)
- Meinungsaustausch zur in Gründung befindlichen Sammlungsbewegung „#Aufstehen“. Dabei spielte der Text eine Rolle, welcher im geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN am 13. August besprochen wurde. (Auszüge daraus auf Seite -9-).
- Bericht aus dem Landesrat. Diesen gab Genosse Peter Emmrich. Im Mittelpunkt der Beratung am 11. August stand die Formulierung von Standpunkten des Landesrates zu den beiden Schwerpunkten des Landesparteitages am 25. August in Hoyerswerda: dem Landesentwicklungskonzept ALEKSA und dem Wahl- und Aufstellungsverfahren der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2019.
- Termin- und Aufgabenplan des Kreisvorstandes bis zum Jahresende. Im Mittelpunkt dabei die mittelsächsische Regionalkonferenz der LINKEN zur Vorbereitung auf die Landtagswahlen 2019 am 1. Oktober und der Kreisparteitag am 20. Oktober, auf welchem u.a. die Delegierten für die Landesparteitage 2019/2020, für die Bundeswahl-Versammlung sowie die LandesvertreterInnen-Versammlung zu bestimmen sind. Erarbeitet wird auch ein gemeinsamer Arbeitsplan mit der Kreistags-Fraktion.
- Vorbereitung des Landesparteitages. Dort wird u.a. das Wahl- und Aufstellungsverfahren für die Landtagswahlen 2019 beraten. Die Kreisvorsitzende erläuterte ihren in Abstimmung mit anderen Kreisvorsitzenden erarbeiteten Änderungsantrag. Dieser wurde einstimmig bestätigt.
- Mandatsträgerbeiträge aus der Kreistagsfraktion. Auf Grundlage der guten Erfahrungen in der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde für die Wahlperiode 2019 bis 2024 eine analoge Verfahrensweise beschlossen. Die abgeführten Mandatsträgerbeiträge werden angespart und für die Kreistagswahlen 2024 eingesetzt. Den Ortsverbänden wird eine analoge Verfahrensweise empfohlen.
- Bildung des neuen Ortsverbandes Döbeln-Roßwein. Der Kreisvorstand bestätigte den Beschluss der gemeinsamen Mitgliederversammlung der Ortsverbände Döbeln und Roßwein zur Bildung eines gemeinsamen Ortsverbandes. Im Kreisverband gibt es somit noch 14 Ortsverbände.

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !

Im september 2018 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

EDITH SCHULZ	geb. am 05.09.1928,	in Wendisch-Rietz
JOHANNES LÜTZNER	geb. am 11.09.1935,	in Mühlau
HILDEGARD HINTERSDORF	geb. am 12.09.1928,	in Mittweida
MARLIES PAPKE	geb. am 12.09.1958,	in Freiberg
LOTHAR KÖTZSCH	geb. am 14.09.1932,	in Brand-Erbisdorf
WALTER LEDIG	geb. am 14.09.1920,	in Weißenborn
GERT WITTIG	geb. am 18.09.1948,	in Oederan
ELFRIEDE STEIN	geb. am 19.09.1926,	in Lunzenau
LORE SCHOLZ	geb. am 19.09.1933,	in Mittweida
MARGARETE SCHWARZE	geb. am 20.09.1933,	in Burgstädt
INGEBORG DELLING	geb. am 21.09.1938,	in Augustusburg
HORST RIESMEIER	geb. am 23.09.1926,	in Mittweida
KARIN PONZEL	geb. am 23.09.1953,	in Freiberg
GOTTFRIED BÖRNER	geb. am 23.09.1937,	in Brand-Erbisdorf
HARALD OEHMICHEN	geb. am 30.09.1930,	in Halsbrücke



In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir diese Liste künftig eigentlich nur bei Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) erscheinen wollen, bittet die Redaktion um Information.

jahrestage im september 2018

29.09. 1818 Aachener Kongress der europäischen Großmächte (Russland, Österreich, Preußen, Frankreich, Großbritannien). Er endete am 21. November. Die Monarchen verabschiedeten eine gemeinsame Deklaration.

25.09. 1868: Gründung der Internationalen Allianz der sozialistischen Demokratie in Genf durch M.A. Bakunin.

26. bis 29.09. 1868: Gründungskongress des Allgemeinen Verbandes Deutscher Arbeiterschäften in Berlin.

29.09. 1938: Die Unterzeichnung des Münchener Abkommens macht den Weg frei für die Annexion des Sudetenlandes.

25.09. 1943: Kurt Rosenfeld (Vorsitzender der SAP) verstorben.

01.09. 1948: In Bonn tritt der Parlamentarische Rat zusammen, dessen Mitglieder von den westdeutschen Landtagen gewählt werden.

06.09. 1948: Nach Auseinandersetzungen mit Demonstranten verlegt die Berliner Stadtverordnetenversammlung ihre Tagung nach West-Berlin.

15./16.09. 1948: Der Parteivorstand der SED dis-

tanziert sich vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Anton Ackermann muss kurz darauf öffentlich Selbstkritik üben.

19.09. 1948: August Thalheimer (Mitbegründer der KPD (O) gestorben.

01.09. 1958: In der DDR wird der Polytechnische Unterricht eingeführt.

14.09. 1958: Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald.

19.09. 1958: Proklamation der Algerischen Republik durch die Nationale Befreiungsfront (FLN).

26.09. 1968: Erklärung zur Neukonstituierung einer legalen kommunistischen Partei (DKP) in der BRD.

06. bis 17.09. 1978: Verhandlungen über ein Abkommen zur Nahostfrage zwischen den USA, Ägypten und Israel in Camp David.

16.09. 1993: Urteilsverkündung im Prozess gegen Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.

01.09. 1998: NS-Urteile aus politischen, militärischen, rassistischen und religiösen Gründen werden bundeseinheitlich aufgehoben.

terminübersicht

august 2018:

- 15.08. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße 1
- 18.08. 10:00 Uhr Ehrung von Ernst Thälmann
Freiberg, Gedenkstein Meißner Ring
- 25.08. **Landesparteitag** der LINKEN Sachsen
Hoyerswerda

september 2018:

- 01.09. Weltfriedenstag
- 12.09. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34

vorschau:

- 01.10. **Regionalonferenz Mittelsachsen zur Vorbereitung auf die Landtagswahlen 2019 in Döbeln**
- 20.10. **Kreisparteitag in Flöha**

ehrendes gedenken für HILDE COPPI

Am 5. August jährte sich die Ermordung der deutschen Widerstandskämpferin Hilde Coppizum 75. Mal. Der RotFuchs-Förderverein lud aus diesem Anlass zu einer Ehrung nach Holzhausen an den Hilde-Coppi-Gedenkstein vor der ehemaligen gleichnamigen Jugendherberge (heute Pension „Torfhaus“) ein. Genossinnen und Genossen der Ortsverbände, darunter auch MdL Dr. Jana Pinka, waren dieser Einladung gern gefolgt. Gemeinsam mit ihrem Mann Hans Coppi gehörte Hilde Coppi zu einem Netzwerk von Widerstandsgruppen und Personen, das die Gestapo als „Rote Kapelle“ zusammenfasste. Darin eingebunden hörte Hilde Coppi beispielsweise den Sender Radio Moskau ab, notierte Adressen deutscher Kriegsgefangener und informierte deren Angehörige. Hilde Coppi beteiligte sich zudem an einer Zettelklebeaktion gegen eine antisowjetische Propaganda-Ausstellung, besorgte Papier für Flugblätter aus der Reichsversicherungsanstalt und half beim illegalen Transport eines Funkgerätes.

Die schwangere Hilde und ihr Mann Hans Coppi wurden im September 1942 verhaftet, Hans am 22. Dezember hingerichtet. Nach der Geburt ihres Sohnes Hans im Januar 1943 und eines im Juli von Hitler abgelehnten Gnadengesuches, wurde Hilde Coppi am 5. August 1943 durch das Fallbeil hingerichtet.

Während der Ehrung am Gedenkstein erinnerte **REGINA KLUGE** mit bewegenden Worten an die mutige Widerstandskämpferin. Besonders betroffen machte die Anwesenden der letzte Brief Hilde Coppis an ihre Schwiegereltern. Darin bat sie diese, sich um ihre Mutter und um den Sohn Hans zu kümmern. Im Anschluss trafen sich die Gäste zu einem Gespräch über die von Sarah Wagenknecht angeregte „Linke Sammelbewegung“ und die aktuell sehr besorgniserregende nationale und internationale politische Entwicklung. Diskutiert wurden die sich vertiefende Systemkrise sowie die zunehmenden Aktivitäten rechter Kräfte.



Bei anderen aufgespürt

„Ohne Worte“, aus dem „neuen deutschland“ vom 17.07.



Unsere Landtagsabgeordnete Jana Pinka während ihrer Libanon-Reise. Im Hintergrund die Bekaa-Ebene, eine Hochebene zwischen dem Libanongebirge und dem Anti-Libanon. Am Horizont verläuft die syrische Grenze. Siehe den Bericht auf Seite -3-.



Die irakische Flüchtlingsfamilie Estabraq mit ihren beiden Kätzchen, die sie nur im Tierheim Leisnig besuchen können. Die ganze Geschichte zu lesen auf Seite -7-

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teure Verstorbene

HELLA FISCHER aus Burgstädt

Wir werden ihr stets unser ehrendes Andenken bewahren.